

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe September 2020

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Jens Berger: "Cancel Culture" – Intoleranz im Namen der Toleranz**
- **Eva-Maria Föllmer-Müller: Gegen das öffentlich-rechtliche Totschweigen von Kriegsverbrechen**
- **German-Foreign-Policy: In Deutschland tabu**
- **German-Foreign-Policy: In eigener Sache**
- **Kai Anbos: Freiheit im politischen Meinungskampf**
- **Michael Shellenberger: Möchte ich mich formell für die Klimaangst entschuldigen!**
- **Peter Küpfer: 'Antifa' – so entsteht keine gerechtere und friedlichere Welt**
- **Sebastian Carlens: Westliche Lieblinge des Tages: Hongkong-"Demokraten"**
- **Peter Achten: Alles oder Nichts**
- **Karin Leukefeld: Syrien: Hunger wird gemacht – Verlogene westliche Spenden und ignorierte Ursachen**
- **Karin Leukefeld: Über das Pulverfass Libanon**
- **Michael Kellner: Die Annexionspläne Israels verhindern**
- **IPPNW: Für das UN-Atomwaffenverbot: Städte dürfen nie wieder zu Zielen werden**
- **Andrej Hunko: Generalbundesanwalt: Freibrief für Drohnenkrieg über Ramstein**
- **Wolfgang Bittner: Permanente Anschuldigungen und Provokationen gegen Russland**
- **Gemeingut in BürgerInnenhand: Petition: Bundesweite Krankenhausschließungen jetzt stoppen!**

Zitat des Monats von Francisco Ferrer:

**Würden Täter und Tatlose sinnlich begreifen,
was sie tun und was sie unterlassen,
der Mensch wäre nicht des Menschen ärgster Feind.**

Editorial

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das **Thema Pressefreiheit** – bei uns und anderswo. Jens Berger berichtet über die aus USA kommende **“Cancel Culture”**-Bewegung, die aktiv nicht nur in Medien und Archiven politisch “unkorrekte” Inhalte löscht, sondern auch aggressiv gegen Menschen mit “falschen” Meinungen vorgeht.

In diesen Rahmen passt es, dass eine **Klage gegen den MDR** abgewiesen wurde, die ein Arzt wegen der unausgewogenen Berichterstattung des Senders zur Uranmunition angestrengt hatte. Und ein Film von Costa Gavras, der die EU-Politik gegenüber Griechenland kritisiert, darf **nicht in deutschen Programmkinos** gezeigt werden. Das Portal German-Foreign-Policy berichtet kritisch über **Zensurbestrebungen** der Organisation ‘correctiv.org’. Dagegen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das **Grundrecht auf Meinungsfreiheit** in einem Urteil zur BDS-Bewegung gestärkt. Zum Thema Meinungsfreiheit gehört auch die öffentliche Entschuldigung eines amerikanischen ehemaligen Klimaschützers, der darstellt, dass er in seinem Engagement massiven **Falschinformationen aufgesessen** sei.

Peter Küpfer stellt die historischen Hintergründe der im Sinne “politischer Korrektheit” aggressiv agierenden **‘Antifa’** dar. In diesem Zusammenhang sind zwei fundierte Hintergrundberichte über die westliche Einmischung und über die **Oppositionsbewegung in Hongkong** interessant.

Karin Leukefeld berichtet in zwei Beiträgen über die Lage in **Syrien** und im **Libanon**, auch mit Blick auf die Explosion im Hafen von Beirut. Bezüglich des benachbarten **Palästina** ruft der ‘Verbund der Deutsch-Palästinensischen Städtepartnerschaftsvereine’ die Spitzen der deutschen Politik in einem Offenen Brief dazu auf, die israelische Annexion Westjordanien zu verhindern.

Viele Organisationen rufen 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen über Japan zu einem generellen **Atomwaffenverbot** auf. Derselbe Friedenswille hat zu dem leider erfolglosen Versuch geführt, den **von Ramstein aus geführten Drohnenkrieg** nicht zuzulassen. Die Initiatoren dieses Versuchs diskutieren das Thema in einem Videobeitrag. In demselben Sinn plädiert Wolfgang Bittner für eine friedliche und **freundschaftliche Haltung gegenüber Russland**.

Am Ende verlinken wir eine Petition gegen die weiteren **Schließungen von Krankenhäusern**.

[Inhalt](#) ↑

• Jens Berger: **“Cancel Culture” – Intoleranz im Namen der Toleranz**

Alte Filme und Serienfolgen werden aus den Archiven gelöscht, Statuen werden gestürzt, Referenten und Dozenten ausgeladen und in Medien und Wirtschaft werden Menschen entlassen, die als falsch definierte politische Positionen vertreten. Diese Welle läuft unter dem Namen “Cancel Culture”. Ziel der “Cancel Culture” ist es, Kritik bzw. Gegenstimmen zum Schweigen zu bringen, wenn sie nicht zur “gendergerechten”, “antirassistischen”, sich als links empfindenden politischen Korrektheit passen. Die aus den USA inzwischen auch nach Deutschland kommende Anti-Aufklärung begnügt sich nicht mit verbaler Schmähekritik gegen Personen, sondern sorgt auch für die Entfernung von Personen aus dem öffentlichen Leben und aus ihren Berufen. Dafür werden Beispiele sowohl aus den USA als auch aus Deutschland genannt. [Es geht hier nicht um Meinungs Austausch, sondern um Einschüchterung, Zensur und Berufsverbot](#). Namhafte Autoren haben sich in einem offenen Brief in den USA dagegen gewandt – zwei davon haben wegen des entstandenen Twitter-Mobs ihre Unterschrift schon wieder zurückgezogen.

Jens Berger, Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der NachDenkSeiten; schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eva-Maria Föllmer-Müller: **Gegen das öffentlich-rechtliche Totschweigen von Kriegsverbrechen**

Das Verwaltungsgericht Leipzig hat die Klage eines Arztes abgewiesen, die Rundfunkgebühren an den MDR zahlen zu müssen, weil der Sender eine unausgewogene Berichterstattung bis hin zur Vorenthaltung von Informationen vornehme und eine Ungleichbehandlung gegenüber kritischen Journalisten praktiziere. Der Arzt verdeutlichte dies am Beispiel des Umgangs mit dem Filmemacher Frieder Wagner. Der Grimme-Preisträger hatte 2004 für den WDR eine Dokumentation zum Thema des Einsatzes von Uranmunition (DU) erstellt ("Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra"). Darin berichtete er von den verheerenden Folgen und steigenden Krebsraten von Uranmunition. Wagner hat seither von keinem öffentlich-rechtlichen Sender mehr Aufträge erhalten.

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **In Deutschland tabu**

Ein im europäischen Ausland populärer, der Bundesregierung gegenüber kritischer Film kann in deutschen Programmkinos nicht gezeigt werden, weil die Thematik nicht aktuell sei. Der Film "Adults in the Room" des mehrfachen Oscarpreisträgers Costa-Gavras schildert die Auseinandersetzungen um die Griechenlandkrise im Jahr 2015. Tatsächlich drehen sich die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die EU-Maßnahmen im Kampf gegen die Euro-Krise um einen sehr ähnlichen politischen Kern. Zudem hat das deutsche Spardiktat, dessen Durchsetzung der Film beschreibt, in Griechenland gravierende Folgen hervorgebracht – u.a. eine hohe Arbeitslosigkeit und krasse Armut, die das Land bis heute zeichnen. Berichten zufolge hat ein hochrangiger deutscher EU-Funktionär versucht, die Entstehung des Films zu verhindern.

German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **In eigener Sache**

Das Informationsportal 'german-foreign-policy.com' hat Anlass, an der journalistischen Seriosität von Organisationen wie correctiv.org zu zweifeln und fürchtet zudem, dass sich mit Praktiken, die correctiv.org gegenüber german-foreign-policy.com anwandte, Eingriffe in die verbürgte Pressefreiheit etablieren könnten, die in letzter Konsequenz auf eine Zensur hinauslaufen würden.

Eine von german-foreign-policy.com verbreitete Nachricht wurde von correctiv.org als "falsche Information" eingestuft und dann so von Facebook gekennzeichnet. Trotz entsprechender Belege zog correctiv.org seine Etikettierung nicht zurück, sondern änderte seine Begründung. Mit der im dritten Anlauf gelieferten Begründung ließ correctiv.org nicht nur journalistische Sorgfalt missen, sondern unterwarf den faktischen Ablauf einer eigenen Interpretation. Demnach wäre die Nichtinanspruchnahme eines förmlich vorgetragenen Hilfsangebots zur zeitnahen Rettung von Menschenleben keine Zurückweisung.

German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Kai Ambos: **Freiheit im politischen Meinungskampf**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat in einem Urteil zum BDS (Boycott-Divestment-Sanction-Bewegung) das [Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit im politischen Diskurs bestätigt](#) und gestärkt (Baldassi et autres c. France, Nr. 15271/16, 11.6.2020). Demnach war die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von französischen Aktivisten der sogenannten BDS-Bewegung, die sich bekanntlich mittels einer – keineswegs einheitlichen – Boykott- und Sanktionspolitik gegen die Politik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten wendet und auch hierzulande Gegenstand heftiger Polemiken ist, nicht zulässig.

Eine Würdigung des juristisch sehr umfassend dargestellten EGMR-Urteils. (Red.)

[Kai Ambos](#), Jg. 1965, Studium der Rechts- und Politikwissenschaften in Freiburg, Oxford und München. Seit 2003 Lehrstuhlinhaber für "Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsvergleichung und internationales Strafrecht" an der Uni Göttingen (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Shellenberger: **Möchte ich mich formell für die Klimaangst entschuldigen!**

Der weltbekannte Klimaschützer Michael Shellenberger, ein ehemals führender Propagandist des menschengemachten Klimawandels, entschuldigt sich für seine Panikmache. Sein "On behalf of Environmentalists I apologize for the Climate Score" auf FORBES wurde nach tausendfacher Verbreitung wieder offline genommen und ist inzwischen bei [Quillette](#) zu lesen.

Shellenberger, der in Kalifornien lebt, weist auf die enormen finanziellen Mittel der Klimaaktivisten hin. Die beiden größten grünen Gruppen, der 'Resources Defense Council' und der 'Environmental Defense Fund', haben zusammen ein Jahresbudget von 384 Mio. Dollar. In seinen Bestsellerbuch "Apocalypse Never – [Warum Umweltalarm uns alle schadet](#)" beschuldigt er jetzt Klimaaktivisten, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Politische Lösungen wie die "grüne Energie" mache die Sache noch schlimmer. "Ich behaupte sogar, dass erneuerbare Energien schlimmer sind als fossile Brennstoffe."

Wir finden vor allem den Entschuldigungsgrund und die Aussagen zur finanziellen Unterstützung der Klimabewegung wesentlich. Ob die im englischen Originalartikel aufgestellten Thesen alle stimmen, sei mal noch dahingestellt. (Red.)

[Michael Shellenberger](#), Jg. 1971, ist ein amerikanischer Autor, Verfasser von Artikeln und Büchern zur Umweltpolitik, Mitbegründer des 'Breakthrough Institute' und Gründer von 'Environmental Progress'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter Küpfer: **'Antifa' – so entsteht keine gerechtere und friedlichere Welt**

Peter Küpfer befasst sich mit den Fragen, wie die Bezeichnung 'Antifa' zustande gekommen ist und wie sie den Sprung in die USA schaffte. Demnach entstand die 'Antifa' in Europa im Zuge der westlichen 68er-Bewegung. Diese war in Deutschland besonders heftig und fand von dort den Weg in die USA, wo sie von dem in Kalifornien wirkenden Herbert Marcuse, einem prominenten Mitglied der Frankfurter Schule, geprägt wurde. Die neue 'Antifa' wolle eine neue Gesellschaft, in der Menschen andere weder verachten noch misshandeln, und geht dafür wie ihr Vorgänger gewaltbereit vor. [Mit der dabei eingesetzten Hasspropaganda](#) tue sie aber genau das, was sie angeblich bekämpft.

[Peter Küpfer](#) ist langjähriger Schweizer Gymnasiallehrer, Germanist und Publizist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Sebastian Carlens: **Westliche Lieblinge des Tages: Hongkong-“Demokraten“**

[Hongkongs separatistische Bewegung wird von wenigen Anführern dirigiert](#), die alle zweifelhafte Kontakte zu westlichen Agenturen haben. Der verschwundene Aktivist Kong Tsung-gan, seit den “Regenschirm“-Unruhen 2015 eine ständig im Westen herumgereichte Figur, ist laut Twitter-Profil ein asiatischer Mann mit dicker Sonnenbrille, heißt in Wahrheit Brian Patrick Kern, kommt aus den USA und ist mit ‘Amnesty International’ verhandelt. Das nennt man nach Carlens eine Verschwörung.

[Inhalt](#) ↑

- Peter Achten: **Alles oder Nichts**

Der Artikel von Peter Achten zeichnet sich durch eine fundierte Sachkenntnis der Situation in Hongkong aus: Er beleuchtet die Gründe von Regierungschefin Lam, die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung um ein Jahr auf den 5. September 2021 zu verschieben. Weiterhin zeigt er, wie wichtig Vorsichtsmaßnahmen wegen der Corona-Pandemie sind, indem er auf die Bevölkerungsdichte Hongkongs hinweist. Außerdem wirft er ein [interessantes Licht auf die Art und Weise der Demonstrationen](#) und das Verhalten der Demonstranten – ganz im Gegenteil zu den von Propaganda getragenen “Berichten” unserer Mainstream-Medien.

[Peter Achten](#), Jg. 1939, studierte Geschichte und Wirtschaft, legte vor wenigen Jahren seine als offizielle Tätigkeit als Asien-Korrespondent nieder. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Syrien: Hunger wird gemacht – Verlogene westliche Spenden und ignorierte Ursachen**

Seit 2012 finden sogenannte “Geber-Konferenzen” für Syrien statt. Dabei ist die Regierung Syriens immer ausgeschlossen und die eingesammelten Gelder sind nicht für alle Syrer bestimmt, sondern insbesondere für Flüchtlinge außerhalb Syriens. In Syrien dürfen die Gelder nur in Gebieten unter Kontrolle der Türkei, der US-Truppen und deren lokalen Partnern einschl. Dschihadisten für den Wiederaufbau eingesetzt werden, damit der [“Druck auf das Regime in Damaskus aufrechterhalten”](#) wird – wie der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bei seiner Auftaktrede zu der Geber-Konferenz am 30.06.2020 sagte. Die Prämisse lautet für Borel, dass das Regime in Damaskus wirklich zu begreifen habe, dass es keine Normalisierung und keinen Wiederaufbau geben wird, bis es sein Verhalten ändert“. Damit dieses Begreifen besser funktioniert, werden die gegen die syrische Regierung gerichteten Aktionen von Anfang an in den produktivsten und für die Versorgung des Landes wichtigsten Gebieten Syriens ausgetragen. Statt Syrien zu unterstützen, das einst blühende Agrarland zu rekultivieren, von Landminen, Waffenlagern und Ölverseuchung zu reinigen und den Menschen wieder Arbeit zu verschaffen, wird das Land durch die Wirtschaftssanktionen der EU und der USA daran gehindert, sich selber zu versorgen. Bei all diesen Vorgängen stellen die Medien die Verantwortung, Unehrllichkeit und Scheinheiligkeit von EU und USA nicht dar bzw. tragen die Strategie des Westens mit.

Im Irak haben die Parteien wenig Einfluss auf die Politik. Nach der letzten Regierungsbildung am 07.05.2020 wurde der parteilose Journalist Mustafa al-Kadhimi Premierminister, der zuvor Direktor des irakischen Geheimdienstes war. Auch der in Demonstrationen geäußerte Unmut, auch gegen die hohe wirtschaftliche Präsenz des Iran, hat praktisch wenig Einfluss auf die Politik, was sich auch in den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den USA und Bagdad über die Stationierung von US-Truppen zeigt. Momentan laufen unter US-Beteiligung auch [Gespräche um ein autonomes kurdisches Gebiet im Norden des Irak und Nordosten Syriens](#) entstehen lassen. Die Türkei ist auf der anderen Seite, ihr neo-osmanische Projekt zu realisieren. (Karin Leukefeld wird von Fritz Edlinger interviewt; Video, 0h37)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Über das Pulverfass Libanon**

Karin Leukefeld stellt dar, wie hart die Explosion im Hafen von Beirut die Libanesen treffen, die nicht nur unter der Korruption und Misswirtschaft ihrer Eliten sondern deren Wirtschaft und Finanzsektor auch unter den gegen Syrien verhängten Sanktionen leiden. Die Regierung, die eine internationale Einmischung im Rahmen der Untersuchung der Explosionen ablehnte, trat unter dem Druck der Straße zurück. Leukefeld setzt sich auch mit den Spekulationen, wie es zu den Explosionen gekommen sei, auseinander. Dabei stellt sie fest, dass viele von ihr formulierte Fragen eine Antwort suchen. Sie sieht, dass internationale Kreise, die teilweise miteinander konkurrieren Erklärungen abgeben, die darauf zielen, "eigene [Interessen gegen Libanon und gegen dessen Souveränität](#) zu forcieren". Abschließend warnt Leukefeld davor, dass das, "was die Regierungen in Paris, Berlin und Washington über die Medien als 'Hilfsbereitschaft' und 'Solidarität' verkaufen, [nicht mehr ist] als Salz, das Libanon in seine offenen Wunden gestreut wird".

Karin Leukefeld gibt im Interview ihre Einschätzung zu dem am 18.08.2020 verkündeten Urteil über 2005 durch eine Autobombe getöteten libanesischen Ministerpräsidenten Hariri. Demnach hat das Gericht keine Beweise. Das Urteil werde in Verbindung mit der Explosion im Hafen Beiruts die Spaltung des Landes bzgl. vieler Aspekte (Hariri, Hisbollah, Syrien) weiter vertiefen. [An eine Aufklärung der Hintergründe, der Wahrheit zur Explosion glaubt Leukefeld nicht](#). Unverkennbar sei das Interesse des Westens, im geschwächten Libanon das Heft zu übernehmen; daher auch die schnell geäußerten Forderungen an den Libanon nach der Explosion. Leukefeld sieht den Libanon wie auch Syrien im Interessenskonflikt zwischen dem Westen und den östlichen Mächten (Russland, China); sie hofft, dass der Libanon seine Selbständigkeit weitgehend erhalten kann. (Video 0h14)

Dirk Pohlmann geht davon aus, dass die Explosion des Amoniumnitratlagers im Hafen von Beirut durch Israel und den USA ausgelöst wurde. Der [Libanon habe dafür bestraft werden müssen, dass er intensive Beziehungen zum Iran pflegt](#), die schiitische Hisbollah beheimatet und Durchgangsland für die Neue Seidenstraße der Chinesen werden will. Es habe dafür verschiedene indirekte Warnungen und Anzeichen auch während der Explosion gegeben. Pohlmann zählt all seine Begründungen auf.

NASA-Astronaut Chris Cassidy hat in seinem Twitter-Account ein [Foto von der libanesischen Hauptstadt Beirut](#) veröffentlicht, in der Anfang August eine Explosionskatastrophe ereignet hat.

[Inhalt](#) ↑

- Michael Kellner: **Die Annexionspläne Israels verhindern**

In einem Offenen Brief ruft der 'Verbund Deutsch-Palästinensischer Städtepartnerschaftsvereine, Initiativen und Arbeitskreise' die Spitzen der deutschen Politik auf, [die Annexionspläne Israels zu verhindern](#). Mit einer völkerrechtswidrigen Aneignung großer Teile des für einen palästinensischen Staat notwendigen Territoriums würde einem Staat Palästina, für den sich nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch Deutschland einsetzt, die wichtigste Lebensgrundlage entzogen werden. Damit drohe eine neue Intifada und die Gefahr, die Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten zu zerstören. Die UN befürchten, dass dieser Schritt "jede Hoffnung auf Frieden" zwischen Israelis und Palästinensern zerstören könnte. Die 27 EU-Mitgliedsstaaten werden die Souveränität Israels über die palästinensischen Gebiete nicht anerkennen. 300 Mitglieder israelischer Sicherheitsdienste warnen: Die "Einseitige Annexion bedroht Israels Sicherheit". Die Unterzeichner erinnern an Martin Bubers Worte: "Das Glück des

einen Volkes hängt vom Glück des anderen ab. Es kann Israel nicht gut gehen, wenn es Palästina nicht gut geht. Und es kann Palästina nicht gut gehen, wenn es Israel nicht gut geht."

[Michael Kellner](#), Jg. 1940, war Lehrer der Gesamtschule Holweide. Er engagiert sich seit langem für die Selbstbestimmung der Palästinenser und die Anerkennung ihrer Rechte durch Israel. Seit 2013 beim Kölner Friedensforum. Mitglied im Kölner Rat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• IPPNW: Für das UN-Atomwaffenverbot: Städte dürfen nie wieder zu Zielen werden

Auch 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki leiden die Opfer noch an den Folgen. 65'000 Menschen verdampften und verbrannten am 06.08. und 09.08.1945 auf der Stelle. Bis zum Ende des Jahres 1945 starben mehr als 200'000 Menschen. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert die Bundesregierung auf, die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen anzuerkennen und [endlich den UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen](#). Mit der Ratifizierung des Vertrages durch Fidschi und Botswana am 07.07. und 15.07.2020 sind dem Abkommen bereits 40 Länder beigetreten. 82 Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet und bereiten ihren Beitritt vor. Mit 50 Beitritten tritt das Abkommen in Kraft, womit voraussichtlich noch in diesem Jahr zu rechnen ist.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland ([BUND](#)) [fordert eine sofortige nukleare Abrüstung](#) und einmal mehr den kompletten Atomausstieg Deutschlands.

Auch 'pax christi Deutschland' fordert (gemeinsam mit einem breiten Bündnis christlicher Kirchen, Religionsgemeinschaften und Friedensvereinigungen) [Atomwaffen international zu ächten](#). An die Bundesregierung ergeht unsere Aufforderung, den Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen zu unterzeichnen.

Der Verein 'Freundschaft mit Valjevo e.V.' hat den Bürgermeister und den Stadtrat von Pfaffenhofen gebeten, "den [Städteappell der 'Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen' \(ICAN\)](#) im Namen unserer Stadt und ihrer Bürger zu unterzeichnen".

Um der Opfer der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 06.08. und 09.08.1945 zu gedenken und eine Welt ohne Atomwaffen zu fordern, fanden zu den Jahrestagen bundesweit [mehr als 150 Gedenkveranstaltungen statt](#).

Rund 40 Menschen nahmen am 06.08.2020 an einer [Mahnwache mit dem Titel "75 Jahre Hiroshima und Nagasaki mahnen - Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot jetzt!"](#) in Gammertingen teil. Organisiert wurde die Veranstaltung von Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. Auf dem Programm standen u.a. ein Redebeitrag von Michael Schmid, ein Brief von Setsuko Thurlow (einer Überlebenden des Atombombenangriffs auf Hiroshima) und ein Gedicht von Nazim Hikmet.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Andrej Hunko: Generalbundesanwalt: Freibrief für Drohnenkrieg über Ramstein

Christian Ströbele hat 2016 und [Alexander Neu \(u.a. MDB\) 2020 Strafanzeige](#) gegen verantwortliche Mitglieder der Bundesregierung wegen der von der 'Air Base Ramstein' aus gesteuerten Drohnenangriffe erstattet. Die Kampfdrohnen gefährdeten den Frieden und würden völkerrechts- und menschenrechtswidrig eingesetzt. Am 09.03.2020 erfolgte eine [Antwort durch den Generalbundesanwalt](#), dass sie diesbezüglich kein Ermittlungsverfahren einleiten werde und "die durch die Bundesregierung überhaupt erst ermöglichte Fortsetzung der weltweiten völkerrechtswidrigen [US-Drohnenmorde unter Nutzung des Stützpunkts Ramstein auch weiterhin ungeprüft dulden](#) will".

Die [Bundesregierung selbst glaubt nach wie vor den Angaben der US-Regierung](#), dass die USA “als Rechtsstaat eine breit institutionell verankerte Tradition auf[weisen], humanitäres Völkerrecht zu respektieren und dessen Einhaltung auch durchzusetzen”.

Weltnetz.TV hat zu dem Thema eine Diskussion mit Christian Ströbele (Bündnis 90/ Die Grünen), Alexander Neu (Die Linke), Gerhard Baisch (IALANA) und Pascal Luig (Stopp Air Base Ramstein) ins Netz gestellt ([Video, 1h23](#)).

[Andrej Hunko](#), Jg. 1963, *Medizinstudium in Freiburg, Ausbildung als Mediengestalter, Seit 1981 aktiv in der Friedens-, Umwelt- und sozialen Bewegungen. Seit 2009 Mitglied des Bundestages und seit 2016 Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Bittner: **Permanente Anschuldigungen und Provokationen gegen Russland**

Entgegen den Russland beschuldigenden Äußerungen einiger deutscher Politiker sind nach Wolfgang Bittner [Frieden und Freundschaft mit Russland die Grundvoraussetzung für ein friedliches, prosperierendes Europa](#): “Deutschland und Russland verbindet eine lange wechselvolle Geschichte, deren positive Seiten nicht vergessen werden dürfen. Über die Jahrhunderte gab es Zeiten regen Handels, kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs. Nachdem die Katastrophen des vorigen Jahrhunderts gerade erst überwunden sind, sollte statt Gegnerschaft an die positiven Seiten einer gedeihlichen, freundlichen Nachbarschaft so bald wie möglich angeknüpft werden.”

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, *studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gemeingut in BürgerInnenhand: **Petition: Bundesweite Krankenhausschließungen jetzt stoppen!**

Die Bertelsmann-Stiftung hat 2019 in einer Studie vorgeschlagen, 800 der 1'400 Plankrankenhäuser in Deutschland zu schließen. Selbst während der Corona-Krise wurden Krankenhäuser geschlossen. Der Verein ‘Gemeingut in BürgerInnenhand’ setzt sich – unter anderem – dafür ein, [dass Krankenhäuser in Bürgerhand überführt statt geschlossen werden](#). Dafür wurde eine [Petition](#) gestartet, die jeder unterstützen kann.

[Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.](#), wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass *Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑